

«Mit der Physik führt man keine Konsensgespräche»

Der Globalisierungsgestalter Franz Josef Radermacher entwirft im Gespräch mit der CIPRA und als Referent der Jahresfachtagung in Gamprin/FL eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wie sich die Dinge in den Alpen entwickelten, hänge von den globalen Strukturen ab. Die Rolle der CIPRA sieht das prominente Mitglied des Club of Rome darin, die Probleme an die richtige Stelle zu adressieren.

Herr Radermacher, Sie propagieren ökosozial statt marktradikal. Was bedeutet das?

Ökosozial ist eine Marktstruktur, bei der die Politik dem Marktgeschehen ökologische und soziale Bedingungen aufsetzt durch Anreize, Gesetze, Vorschriften. Der Wettbewerb und das Marktgeschehen insgesamt finden somit nur statt unter ökologisch-sozialen Anliegen, also z.B. mit konsequentem Umweltschutz und sozialem Ausgleich.

Stehen für Sie die wirtschaftlichen, sozialen oder ökologischen Herausforderungen im Vordergrund?

Unsere Herausforderungen bewegen sich auf drei Ebenen und sind alle miteinander verknüpft. Rein physikalisch können wir der Umwelt nicht aufzwingen, was sie tun soll. Mit der Physik führt man keine Konsensgespräche. Also muss man die Grenzen der Physik in das ökonomische System inkorporieren. Ohne vernünftige soziale Balance bekommen wir keine Struktur, also müssen wir zumindest Ausbildung für alle und einen gewissen sozialen Schutz in das ökonomische System inkorporieren. Das bedeutet Vorschriften, z.B. über Mutterschutz, über Krankheitsvorsorge, über Renten, über Mindestlohn etc. Die müssen wir dem ökonomischen System aufzwingen. Und es sind genauso Vorschriften zu erlassen über die Notwendigkeit, Steuern zu bezahlen, damit wir z.B. die Ausbildung für alle organisieren können. Und wenn wir das tun, bekommen wir die bessere Welt und das reichere System, als wenn wir das lassen.

Was erwarten Sie von der Politik?

Die Durchsetzung genau dieser Prinzipien ist die wichtigste Aufgabe der Politik. In allen entwickelten Nationen ist die Politik die Hälfte der Zeit mit genau dieser Frage beschäftigt. Es ist geradezu ein Kernanliegen der Demokratie, über die Politik im ökonomischen System die richtigen Leitplanken zu geben. Die Schwierigkeit der Globalisierung der Ökonomie war, dass wir national-demokratisch dies nicht mehr so konnten wie früher, weil dann das ökonomische System sich global diesen Leitplanken zu entziehen suchte. Darum müssen wir heute global-ökosoziale Regulierungen etablieren, weil wir sonst in den Nationalstaaten nicht mehr die Möglichkeit haben, mit unserer Demokratie die Dinge so zu gestalten, wie es aus Sicht der Mehrheit der Bevölkerung sinnvoll ist.

Sie skizzieren drei Szenarien: Kollaps, Brasilianisierung bzw. soziale Ungerechtigkeit und Balance. Gehören die Alpen zu den Verlierern oder zu den Siegern dieser Wachstumsentwicklungen?

Bisher sind die Alpen Gewinner. Die Alpen liegen in einem der besten Teile der Welt, nämlich in Europa. Die Regulierung des Ökonomischen ist in Europa noch am besten gelungen. Natürlich steht auch Europa unter einem wahnsinnigen Druck. Aber über alles betrachtet haben wir in Europa bisher sehr viel getan, um die Umwelt zu schützen, und wir haben sehr viel getan, um einen sozialen Ausgleich zu ermöglichen, durchaus auch in

Richtung Bergbauern. Die Schwierigkeit ist die Zukunft. Die Zukunft unter Bedingungen beispielsweise einer Klimakatastrophe und einer weitergehenden Globalisierung. Wenn die Welt in einem ökologischen Kollaps endet, wenn die Welt in der Brasilianisierung endet, dann wird es sehr, sehr schwierig für die Menschen in den Alpen. Sehr viel schlechter als heute. In einer Welt der Balance wird es noch besser. Das heisst, die Frage, wie sich die Dinge in den Alpen entwickeln werden, entscheidet sich in der Frage, wie wir die globalen Strukturen entwickeln. Das ist kein spezifisches Thema der Alpen, es ist ein Thema des Globus'. Wenn wir es global richtig machen, dann haben die Alpen eine sehr gute Zukunft. Wenn wir es global falsch machen, wird es auch sehr schwierig in den Alpen.

Welchen Beitrag kann eine NGO wie die CIPRA, die nicht global tätig ist, leisten?

Sie kann einen grossen Beitrag leisten, weil die Probleme auf dieser Welt sind ja nach einer Logik der Subsidiarität zu adressieren. Es gibt globale Probleme, die muss man global adressieren, es gibt länderübergreifende Probleme, die sind in dem jeweils länderübergreifenden Kontext zu adressieren. Das wären z.B. die Themen entlang von Flussläufen, entlang von Bergmassiven. Da fallen die Alpen darunter, da fällt die Rheinkonvention darunter. Ganz wichtige Probleme sind nur vor Ort zu lösen. Wenn natürlich die Rahmenbedingungen auf der Ebene darüber nicht stimmen, dann kann man auch auf der Ebene drunter die Probleme nicht wirklich vernünftig lösen. Aber selbst dann sind es Probleme auf der Ebene drunter. Und auf jeder Ebene braucht man die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Das heisst, man braucht die CIPRA genau zur Adressierung der Probleme an dieser Stelle. Ich finde es einen grossen Fortschritt, dass wir eine Alpen-Rahmenkonvention haben und dass wir über die beteiligten Staaten hinweg ein gemeinsames Anliegen haben, die Alpen zu schützen. Und ich finde es sehr gut, dass es eine NGO gibt, die parallel zu dem politischen Prozess von der Zivilgesellschaft her kommend diese Themen adressiert. Genau so brauchen wir es.

Wird die Stimme der CIPRA in den Ausschlag gebenden Kreisen ernst genommen?

Zunächst einmal gehört die CIPRA zu den ernst zu nehmenden Kreisen. So wie unsere Politik dazugehört und unsere Wirtschaft. Das Problem ist in der Regel nicht, dass die Wirtschaftler und Politiker nicht ernst nehmen, was ernste Menschen erzählen, weil sie das schon selber wissen. Das Problem ist, was wir tun können. Was können wir tun unter Bedingungen einer globalisierten Ökonomie? Was können wir tun unter den Regelwerken der WTO? Sehr viel, was in den Bergen passieren muss, hat mit Landwirtschaft zu tun. Mit Landwirtschaft unter extremen Bedingungen. Die Frage ist, welche Möglichkeiten lässt uns der heutige WTO-Vertrag in Bezug auf die Landwirtschaft. Da gibt es vernünftige Prinzipien, die sind auf europäischer Ebene verankert. Die müssen auf nationalstaatlicher Ebene umgesetzt werden. Aber dann haben wir plötzlich auch Probleme zwischen Bergbauern und anderen Bauern. Das Problem ist dann gar nicht die Politik, das Problem ist der Bauernverband, der ganze landwirtschaftliche Sektor mit sehr unterschiedlichen Interessen der unterschiedlichen Akteure. Plötzlich merkt man, die Bergbauern sind ökonomisch betrachtet eine kleine Gruppe. Diese kleine Gruppe hat es schwer, ihre Sicht zu artikulieren. Alleine schon zwischen den Ländern mit Gebirge und den Ländern ohne, wo sehr viel mehr produziert wird als im Gebirge. Alleine die Binnendifferenzierung der landwirtschaftlichen Frage ist bereits eine Herausforderung. Das heisst, es geht im Kern nicht darum, dass jemand zuhört oder versteht. Es geht darum, wie man unter Machtbedingungen in sehr komplizierten politischen Prozessen letztlich das Vernünftige durchsetzt.

Gamprin/FL, 17. September 2009
Barbara Wülser, CIPRA International